

Deutschland hat Zukunft

Spionage, Sabotage, Kriminalität – eine unterschätzte Gefahr?

Freitag, 12.02.2015 um 13:30 Uhr

Ehemalige Karmeliterkirche

Karmeliterstraße 1, 80333 München

Begrüßung und Eröffnungsstatement

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie im Namen der vbw – Vereinigung der bayerischen Wirtschaft sehr herzlich in der ehemaligen Karmeliterkirche begrüßen.

Ich freue mich auch auf Herrn Bundesminister Altmaier, Herrn Staatsminister Herrmann und Herrn Präsidenten Dr. Maaßen, die etwas später zu uns stoßen werden.

Dass wir uns im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz aus Sicht der Wirtschaft zu aktuellen sicherheitsrelevanten Aspekten austauschen, hat seit 2006 Tradition.

Ob Rohstoffsicherheit, Cyberpolitik oder globale Krisen: Bayerische Unternehmen sind jeden Tag von geopolitischen Herausforderungen betroffen.

Es freut mich daher, dass Spitzenvertreter aus Wirtschaft und Politik heute zum wichtigen Thema Wirtschaftsschutz diskutieren.

Globale Krisen und deutsche Verantwortung

Meine Damen und Herren,

so stark wie lange nicht mehr prägen derzeit Krisen, Kriege und Terror die Nachrichtenlage.

Ob in Syrien, Libyen, Israel oder Jemen, die Ukraine oder die Türkei: Die Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein.

Doch als vor zwei Jahren – hier auf der Sicherheitskonferenz – der Ruf nach mehr außenpolitischer Verantwortung für Deutschland laut wurde, erhob sich ein Chor der Entrüstung.

60 Prozent der Deutschen lehnten in einer Umfrage der Körber-Stiftung eine aktivere deutsche Außenpolitik ab.

Manch einen trieb die Hoffnung, Deutschland bliebe von den Wirren der Weltpolitik verschont.

Die schrecklichen Anschläge in Paris und Istanbul haben uns nochmals vor Augen geführt, wie aktuell und stark die Bedrohung ist.

Der Terrorismus ist eine Gefahr für uns alle. Deutschland und Europa sind verwundbar.

Selbst Verwerfungen in räumlich weit entfernten Regionen betreffen uns unmittelbar.

Und auch die Flüchtlingswelle zeigt, dass für Deutschland ein neues Zeitalter begonnen hat.

Mit Bundesminister Peter Altmaier können wir ja später den Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung auf unserem Podium begrüßen.

Wir appellieren an die Bundesregierung, alles zu unternehmen, dass der Flüchtlingsstrom deutlich nachlässt.

Wir tun uns ja heute schon schwer, die Asylverfahren der Menschen abzuwickeln, die bereits bei uns sind!

Im Januar sind 50.000 Entscheidungen in Asylverfahren gefällt worden – aber man rechnet mit 770.000 offenen Fällen alleine zur Bewältigung des bisherigen Zustroms.

Wenn mehr Flüchtlinge zu uns kommen, als wir bewältigen können, droht eine weitere Spaltung der Gesellschaft und ein gefährlicher Rechtsruck.

Das muss unbedingt vermieden werden.

Auch kann die Integration der Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit sonst nicht gelingen.

Dauerhaft lässt sich die Zahl der Flüchtlinge nach Europa nur durch die Bekämpfung der Fluchtursachen reduzieren.

Dazu brauchen wir Russland und den Iran.

Ohne diese beiden Länder sind die vielen Probleme im Nahen und Mittleren Osten und die Flüchtlingskrise nicht zu lösen.

Sanktionen werden dabei nicht helfen.

Die Bedeutung des Wirtschaftsschutzes für Deutschland

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung in diesem Jahr ein neues Weißbuch zur Sicherheitspolitik vorlegt.

Für uns als vbw ist klar: Neben dem Schutz der Menschen und der Infrastruktur muss darin auch der Schutz der Unternehmen eine zentrale Rolle spielen.

Denn der Wirtschaftsschutz muss ein Kerninteresse der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sein.

Die deutsche Wirtschaft ist auf eine stabile Weltordnung angewiesen.

Deutschland hat im internationalen Vergleich am stärksten von der Globalisierung profitiert.

Kein anderes Land ist weltweit so stark vernetzt – nicht nur durch den Fluss von Waren, Kapital und Dienstleistungen, sondern auch bei virtuellen Datenströmen und der Migration von Menschen:

- Nach China und den USA ist Deutschland die drittgrößte Handelsnation – weltweit!
- Etwa jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt heute vom Export ab.

Wie stark die internationale Verflechtung unserer Volkswirtschaft ist, zeigt der sogenannte Offenheitsgrad, der 87 Prozent des deutschen BIP ausmacht.

Das ist die Summe aller unserer Importe und Exporte.

Zum Vergleich

- In Frankreich beträgt er 60 Prozent
- In Italien 57 Prozent
- In den USA 30 Prozent

Das zeigt eindrucksvoll unsere extreme Abhängigkeit von einem freien und sicheren Welthandel.

Auf Bayern trifft dies sogar noch stärker zu:

- Jedes zweite bayerische Unternehmen ist in internationale Wertschöpfung eingebunden.
- Die bayerische Industrie erwirtschaftet mehr als die Hälfte ihres Umsatzes im Ausland.

Der Schutz internationaler Handels- und Logistikketten

Diese weltweite Vernetzung birgt besondere Risiken.

Die vbw setzt sich dafür ein, dass Staat und Wirtschaft sich gemeinsam dem Schutz von weltweiten Handels- und Logistikketten widmen.

Bayerische und deutsche Unternehmen investieren viel in ihre Sicherheit. Sie bleiben aber selbstverständlich auf die Unterstützung durch staatliche Sicherheitsbehörden angewiesen.

Dabei gilt es jedoch, nicht über das Ziel hinauszuschießen. Das Gleichgewicht zwischen den Sicherheitsverfahren und dem freien Handelsverkehr muss gewahrt bleiben.

Freiwillige, risikobasierte und sinnvoll vernetzte Maßnahmen sind verpflichtenden regulatorischen Eingriffen in jedem Fall vorzuziehen!

Sichere Handelsketten, der Nachschub an Rohstoffen oder die Lieferung von Komponenten sind Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen

Die Gefahr von Wirtschaftsspionage

Meine Damen und Herren,

die Bedrohungen für die Wirtschaft beschränken sich nicht auf physische Güter und Einrichtungen.

Konkurrenten operieren mit Wirtschaftsspionage, um Produkte schneller an den Markt zu bringen oder Entwicklungskosten einzusparen.

Daten und Patente sind in einer Wissensgesellschaft die Rohstoffe der Zukunft.

Die innovative und forschungsstarke deutsche Wirtschaft ist hier besonders gefährdet.

Von Interesse sind Produktideen und Prozessabläufe ebenso wie strategische Informationen und Kundendaten.

Die Täter sind nicht mehr nur Wettbewerber und Kriminelle, sondern auch Nachrichtendienste.

Der Schaden, den Wirtschaftsspionage, Sabotage und Datendiebstahl anrichten, lässt sich nur schwer beziffern.

Der Branchenverband BITKOM schätzt ihn für Deutschland auf rund 51 Mrd. Euro im Jahr.

Umsatzverluste drohen

- vor allem durch Plagiate,
- gefolgt von Patentrechtsverletzungen und
- dem Verlust von Wettbewerbsvorteilen.

Herr Winfried Holz vom BITKOM wird uns weitere Daten und Fakten zu diesem Thema vorstellen.

Wirtschaftsspionage kostet Arbeitsplätze. Wir haben großen Handlungsbedarf – vor allem bei kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Konventionelle Wirtschaftsspionage

Beim Stichwort Industriespionage geht es nicht nur um Cyberkriminalität.

Traditionelle Spionagetechniken spielen eine wichtige Rolle.

Auch wenn die Vorstellung schwerfällt:

Der Informationsabfluss durch Innentäter ist eine ernstzunehmende Gefahr, denn diese kennen Betriebsabläufe und interne Schwachstellen.

Als soziale Wesen bleiben Menschen für „soziale Manipulation“ anfällig, also dem Ausnutzen persönlicher Schwachstellen.

Aber auch unbeabsichtigt können Mitarbeiter Betriebsgeheimnisse weitergeben.

Um sich zu schützen, müssen Unternehmen:

- Schwachstellen analysieren,
- relevante Daten identifizieren
- und klare Sicherheitsregeln aufstellen.

Technische Vorkehrungen wie Verschlüsselung und IT-Zugriffsberechtigungen sind wichtig, um den Informationsabfluss zu unterbinden.

Sie reichen jedoch nicht aus.

Am wichtigsten bleibt es, alle Mitarbeiter und Führungskräfte für den Umgang mit kritischen Informationen zu sensibilisieren.

Loyale und gut geschulte Mitarbeiter sind der beste Schutz gegen Wirtschaftsspionage.

Herausforderungen im digitalen Zeitalter

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die digitale Revolution hat auch die Wirtschaftskriminalität grundlegend verändert.

IT-Lösungen sind zunehmend in moderne Produktionsprozesse integriert.

Die Unternehmen setzen auf Cloud Computing, Big Data und globale Vernetzung.

Die Digitalisierung macht die Unternehmen jedoch auch für Cyberangriffe verwundbar.

Über infizierte Webseiten, USB-Trojaner oder Schadprogramme in E-Mails kommen Kriminelle immer einfacher an sensible Informationen.

Die IT-Sicherheitsfirma McAfee schätzt, dass allein im Jahr 2013 die persönlichen Daten von 16 Millionen Deutschen gestohlen wurden.

Trotz des NSA-Skandals und der Enthüllungen von Edward Snowden ist vielen Unternehmen die Gefahr von Datenklau und Cyberattacken immer noch nicht ausreichend bewusst.

Und auch das Wissen zur Identifizierung von Sicherheitsrisiken ist teilweise nicht vorhanden.

Zudem bringen betroffene Unternehmen die Angriffe aus Angst vor langwierigen juristischen Verfahren und Reputationsverlusten oft nicht zur Anzeige.

Dabei wird laut BITKOM jedes zweite Unternehmen in Deutschland Opfer von digitaler Spionage, Sabotage oder Datendiebstahl.

Auch die Öffentlichkeit muss verstärkt für Fragen des Wirtschaftsschutzes sensibilisiert werden.

Es gibt zahlreiche staatliche und private Initiativen für den Wirtschaftsschutz – aber noch keinen abgestimmten, kohärenten Handlungsrahmen.

Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsschutzes

Die vbw begrüßt deshalb, dass der Koalitionsvertrag die Erarbeitung einer „Nationalen Strategie für den Wirtschaftsschutz“ in Aussicht gestellt hat.

Herr Claus Günther vom BDI wird uns darüber berichten.

Die bisherigen Überlegungen gehen in die richtige Richtung:

1. Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Sicherheitsstellen und der Wirtschaft muss intensiviert werden. Unternehmen müssen relevante Informationen über Bedrohungslagen im In- und Ausland rechtzeitig erhalten – ebenso wie Unterstützung im Krisenfall.

Im Juni 2015 hat der Deutsche Bundestag das IT-Sicherheitsgesetz verabschiedet.

Künftig sollen die Betreiber kritischer Infrastrukturen IT-Sicherheitsvorfälle melden und IT-Sicherheitslücken beseitigen.

Welche Sektoren als kritische Infrastrukturen gelten, wird das Innenministerium in einer Rechtsverordnung festlegen.

Dass die Bundesregierung bei diesem Thema Rechtssicherheit schaffen will, ist zu begrüßen.

Aus Sicht der Wirtschaft ist es wichtig, dass die Verordnung:

- durch die Meldeauflagen keine zusätzlichen Kosten verursacht,
- und die Unternehmen vor Reputationsschäden schützt.

2. Der Informationsaustausch zwischen Staat und Industrie erfordert auch eine Harmonisierung der gesetzlichen Grundlagen in Europa.

Es ist daher zu begrüßen, dass die EU einen einheitlichen Umgang mit IT-Sicherheitsrisiken bei kritischen Infrastrukturen und Online-Marktplätzen anstrebt.

Die EU-Kommission hat sich Ende 2015 mit dem EU-Parlament auf einen Entwurf für die Richtlinie für Netz- und Informationssicherheit geeinigt.

Das schafft Sicherheit für die Unternehmen und Transparenz für die Verbraucher – ein wichtiger Schritt Richtung digitaler Binnenmarkt.

Bei der Umsetzung in deutsches Recht müssen Differenzen zum IT-Sicherheitsgesetz jedoch unbedingt vermieden werden.

3. Ein weiteres wichtiges Instrument für den einheitlichen Datenschutz in Europa ist die EU-Datenschutzgrundverordnung.

Im Dezember 2015 wurde im Trilog von EU-Kommission, Rat und Europäischem Parlament eine Einigung erzielt. Die Verordnung tritt voraussichtlich im 1. Halbjahr 2018 in Kraft.

Diese Verordnung ist überfällig.

Unterschiedliche Datenschutzerfordernungen sind eine Wettbewerbsverzerrung.

Die Unternehmen brauchen einheitliche Regeln für den Umgang mit Daten, um Bürokratie zu verringern und unnötige Kosten zu sparen.

4. Die staatlichen Stellen für Wirtschaftsschutz brauchen eine handlungsfähige Organisationsstruktur mit

- ausreichenden Kapazitäten,
- eindeutigen Zuständigkeiten
- und zentralen Ansprechpartnern.

Wir brauchen einen „Bundesbeauftragten für Wirtschaftsschutz“ im Innenressort, der die Sicherheitsbehörden besser koordiniert – und der Wirtschaft als zentraler Ansprechpartner dient.

5. Effektiver Wirtschaftsschutz erfordert auch auf Seiten der Wirtschaft und Gesellschaft ein gemeinsames Verständnis von Sicherheit.

Wir müssen daher Öffentlichkeit und Industrie für Wirtschaftsschutzfragen intensiver sensibilisieren.

Schluss

Meine Damen und Herren,

das Flüchtlingsthema ist ohne Frage von zentraler Bedeutung.

Aber: Es darf nicht alles andere überlagern.

Andere Aufgaben und Herausforderungen dürfen nicht liegen bleiben.

So zeigt unsere heutige Veranstaltung, dass wir jetzt handeln müssen, um den Wirtschaftsschutz in Deutschland zu stärken.

Denn der Wirtschaftsschutz gewinnt als Wettbewerbsfaktor zunehmend an Bedeutung.

Ich freue mich auf interessante Vorträge und einen lebendigen Austausch – und bitte nun Herrn Claus Günther vom Bundesverband der Deutschen Industrie auf das Podium.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.